

## **Der Solidarpakt ist weiterhin gerechtfertigt**

Ich kann die Sorge des Herrn Dr. Ulrich Otto um die Finanzlage der Städte im Kreis Recklinghausen teilweise nachvollziehen. Deshalb habe ich mich Anfang des Jahres mit einem eigenen Vorschlag zur Neuausrichtung des Solidarpaktes an die Bundestagsfraktionen und die Bundeskanzlerin gewandt, der auch die Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit im Westen unserer Republik berücksichtigt.

Das Echo war im Wesentlichen, dass die Förderung des Ostens unserer Republik weiterhin erforderlich ist. Das Bundeskanzleramt schrieb mir u. a.: „Der Solidarpakt gilt wesentlich der Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Einkommensverhältnisse in Ost und West. Angesichts der weiteren vorhandenen großräumigen Unterschiede (beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit) ist dabei die Konzentration auf Ostdeutschland sinnvoll und gerechtfertigt. Die Bundesregierung prüft den Mitteleinsatz laufend und passt die Förderung bei Bedarf an. Anlass zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung sehen wir derzeit nicht.“

Auch ich halte die besondere Förderung des Ostens unserer Republik weiterhin für gerechtfertigt. Von der Liquidierung der Betriebe in Ostdeutschland haben in erster Linie die Unternehmen in Westdeutschland durch Absatz ihrer Produkte im Osten profitiert. Man nahm sogar in Kauf, dass mit dem Tag der Währungsumstellung in der DDR für kurze Zeit die Regale im Westen nicht mehr wie üblich gefüllt werden konnten. Denn mit dem Tag X bekamen die Ostdeutschen in den Verkaufsstellen Westprodukte vorgesetzt. Aus Konsum und HO wurden Kaisers und Co. eingefädelt hatten diesen Deal natürlich auch Verantwortliche aus dem Osten. Vielen Ostbetrieben nahm man mit dem Tag X den Absatz und jegliche Perspektive. Es ist also falsch, immer zu behaupten, dass die Ostdeutschen keine Ostprodukte mehr kaufen wollten.

Den Rest erledigte die Treuhandanstalt. Mit derselben kriminellen Energie, mit der jetzt Abwrackautos auf Kosten der Steuerzahler in Afrika gelandet sind, hat die Treuhandanstalt u. a. auch sanierungsfähige Betriebe wie z. B. die gewinnträchtige Fluggesellschaft „Interflug“ zum Vorteil der Konkurrenz liquidiert. Zahlreiche Betriebe wurden für eine DM an westdeutsche Unternehmen verschertelt und anschließend platt gemacht. Davon profitierten wiederum die westlichen Unternehmen durch zusätzliche Absatzmöglichkeiten auch auf internationalen Märkten.

Unter den Folgen leiden bis heute die Kommunen im Osten unserer Republik durch geringe Steuereinnahmen und besonders hohe Arbeitslosigkeit. Die Steigerung der Produktion im Westen unserer Republik war sogar so enorm, dass die zusätzlich aus Ostdeutschland Abgewanderten im Westen eine Arbeitsstelle fanden, ohne Westdeutsche vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Bis heute profitieren die Kommunen im Westen unserer Republik also durch höhere Steuereinnahmen, von denen sie weiterhin etwas abgeben können. Eine Forderung zur Abschaffung des Solidarpaktes halte ich daher für ungerechtfertigt. Die Förderung sollte sich jedoch nicht wie bisher an Himmelsrichtungen, sondern an der Arbeitslosenquote sowie dem Anteil der Steuereinnahmen pro Einwohner richten. So, wie ich es unseren politischen Spitzen in Berlin vorgeschlagen habe. Somit könnten auch Kommunen im Westen unserer Republik unterstützt oder entlastet werden. Zugleich würden wir mehr Gerechtigkeit und Ehrlichkeit in der Diskussion erreichen.

Andreas Koch  
Recklinghausen

## *Trotz aller Sorgen: Der Solidarpakt ist weiterhin gerechtfertigt*

- **Von: Andreas Koch, Recklinghausen**
- **Betr.: Bericht „Kosten für den Aufbau Ost strangulieren unsere Städte“**
- **vom 6. August**

Ich kann die Sorge des Herrn Dr. Ulrich Otto um die Finanzlage der Städte im Kreis Recklinghausen teilweise nachvollziehen. Deshalb habe ich mich Anfang des Jahres mit einem eigenen Vorschlag zur Neuausrichtung des Solidarpaktes an die Bundestagsfraktionen und die Bundeskanzlerin gewandt, der auch die Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit im Westen unserer Republik berücksichtigt. Das Echo war im Wesentlichen, dass die Förderung des Ostens unserer Republik weiterhin erforderlich ist. Das Bundeskanzleramt schrieb

mir u. a.: „Der Solidarpakt gilt wesentlich der Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Einkommensverhältnisse in Ost und West. Angesichts der weiteren vorhandenen großräumigen Unterschiede (beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit) ist dabei die Konzentration auf Ostdeutschland sinnvoll und gerechtfertigt. Die Bundesregierung prüft den Mitteleinsatz laufend und passt die Förderung bei Bedarf an. Anlass zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung sehen wir derzeit nicht.“ Auch ich halte die besondere Förderung des Ostens unserer Republik weiterhin für gerechtfertigt. Von der Liquidierung der Betriebe in Ostdeutschland haben in erster Linie die Unternehmen in Westdeutschland durch Absatz ihrer Produkte im Osten

profitiert. Man nahm sogar in Kauf, dass mit dem Tag der Währungsumstellung in der DDR für kurze Zeit die Regale im Westen nicht mehr wie üblich gefüllt werden konnten. Denn mit dem Tag X bekamen die Ostdeutschen in den Verkaufsstellen Westprodukte vorgesetzt. Aus Konsum und HO wurden Kaisers und Co. eingefädelt hatten diesen Deal natürlich auch Verantwortliche aus dem Osten. Vielen Ostbetrieben nahm man mit dem Tag X den Absatz und jegliche Perspektive. Es ist also falsch, immer zu behaupten, dass die Ostdeutschen keine Ostprodukte mehr kaufen wollten. Den Rest erledigte die Treuhandanstalt. Mit derselben kriminellen Energie, mit der jetzt Abwrackautos auf Kosten der Steuerzahler in Afrika gelandet sind, hat die Treuhandanstalt u. a. auch sanierungs-

fähige Betriebe wie z. B. die gewinnträchtige Fluggesellschaft „Interflug“ zum Vorteil der Konkurrenz liquidiert. Zahlreiche Betriebe wurden für eine DM an westdeutsche Unternehmen verscherbelt und anschließend platt gemacht. Davon profitierten

### **Nach neuen Kriterien**

wiederum die westlichen Unternehmen durch zusätzliche Absatzmöglichkeiten auch auf internationalen Märkten. Unter den Folgen leiden bis heute die Kommunen im Osten unserer Republik durch geringe Steuereinnahmen und besonders hohe Arbeitslosigkeit. Die Steigerung der Produktion im Westen unserer Republik war sogar so enorm, dass die zusätzlich aus

Ostdeutschland Abgewanderten im Westen eine Arbeitsstelle fanden, ohne Westdeutsche vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Bis heute profitieren die Kommunen im Westen unserer Republik also durch höhere Steuereinnahmen, von denen sie weiterhin etwas abgeben können. Eine Forderung zur Abschaffung des Solidarpaktes halte ich daher für ungerechtfertigt. Die Förderung sollte sich jedoch nicht wie bisher an Himmelsrichtungen, sondern an der Arbeitslosenquote sowie dem Anteil der Steuereinnahmen pro Einwohner richten. So, wie ich es unseren politischen Spitzen in Berlin vorgeschlagen habe. Somit könnten auch Kommunen im Westen unserer Republik unterstützt oder entlastet werden. Zugleich würden wir mehr Gerechtigkeit und Ehrlichkeit in der Diskussion erreichen.